

DEMOKRATIE

E-PAPER

Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag – das erste Jahr im Parlament

CHRISTINE SCHICKERT

Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen
im Februar 2017.

Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag – das erste Jahr im Parlament

Inhaltsverzeichnis

Die parlamentarische Arbeit der AfD im Thüringer Landtag – das erste Jahr	
Ein kurzer Überblick in Zahlen	5
Allgemein: Der Umgang mit Politik	7
Die Themenfelder	9
Asyl und Migration	9
Sicherheit – Law and Order	12
Familienpolitik	12
Gleichstellung und sexuelle Diversität	14
Rechtsextremismus, ‚Linksextremismus‘ und der politische Gegner	17
Umweltpolitik	19
Wirtschaft und Arbeit	20
Die Abgeordneten der Fraktion	22
Björn Höcke – Fraktionsvorsitzender	22
Stefan Möller – parlamentarischer Geschäftsführer	23
Wiebke Muhsal – stellvertretende Fraktionsvorsitzende	24
Stephan Brandner – stellvertretender Fraktionsvorsitzender	25
Olaf Kießling – stellvertretender Fraktionsvorsitzender	26
Corinna Herold	27
Jörg Henke	27
Thomas Rudy	28
Die Aussteiger: Krumpe, Gentele, Helmerich	29
Fazit	30
Literatur	32
Autorin	34
Impressum	35

Die Alternative für Deutschland (AfD) erhielt zur Thüringer Landtagswahl am 14. September 2014 10,6% der Stimmen (neben NichtwählerInnen in erster Linie von CDU und LINKEN) und zog damit als viertstärkste Fraktion mit elf Abgeordneten in den Landtag ein. Gemeinsam mit der CDU bilden sie dort die Opposition. Durch mehrere Austritte bzw. Ausschlüsse von Fraktionsmitgliedern ist die Fraktion auf acht Abgeordnete geschrumpft.

Die parlamentarische Arbeit der AfD im Thüringer Landtag – das erste Jahr

Ein kurzer Überblick in Zahlen

Während des ersten Jahres ihrer Parlamentsarbeit (bis 30. September 2015) legte die AfD-Fraktion fünf Gesetzentwürfe und 14 Anträge sowie 16 Änderungs- und Alternativanträge vor. Außerdem stellten die Abgeordneten 124 *Kleine Anfragen* und 41 *Mündliche Anfragen*. Die thematischen Schwerpunkte der Arbeit lassen sich in einem Überblick der *Kleinen Anfragen* erkennen:

Thema	Anzahl (absolut)	Anteil
Migration	26	21%
Sicherheit	20	16%
Politische GegnerInnen	12	10%
Bildung/Kultur/Medien	11	9%
Kommunale Anliegen	9	7%
Umwelt	8	6%
Verkehr/IT-Infrastruktur	8	6%
Wirtschaft/Arbeit	5	4%
Finanzen	5	4%
Gender/LSBTI	4	3%
Familie/Soziales	4	3%
Gesundheit	3	2%
Sonstiges	9	7%

In der Übersicht sind alle Anfragen genau einem Thema zugeordnet. Wenn, wie in vielen Anfragen der Fall, mehrere Zuordnungen möglich waren, wurde das Hauptthema gewählt. So ist z.B. die Anfrage 6/551 von Möller mit dem Titel ‚Präventionsmaßnahmen gegen die Verbreitung von Infektionskrankheiten‘ in den Bereich *Migration* statt in den Bereich *Gesundheit* eingeordnet, weil sich die Fragen ausschließlich mit Geflüchteten befassen. Anfragen, die sich mit Formen von Kriminalität, Sachbeschädigungen und Körperverletzungen (außer politisch motivierter Kriminalität) befassen, sind in den Bereich *Sicherheit* sortiert, obwohl es in 15 der 20 Anfragen hauptsächlich um angenommene Straftaten von MigrantInnen geht bzw. um behauptete terroristische Bedrohungen durch Muslime. Würde man diese 15 Anfragen stattdessen dem Themenfeld *Migration* zuord-

nen, würden sich der inhaltliche Schwerpunkt der Arbeit der AfD-Fraktion noch weiter zu diesem Themenfeld verschieben – ein Drittel aller Anfragen würden dann in diesen Bereich fallen. Das ist eine enorme Menge in Anbetracht der Vielfalt der politischen Themen. Auffällig ist auch sofort, wie wenig inhaltliche Arbeit in (auch für die AfD-Fraktion) zentrale Bereiche fließt: für den ganzen Bereich *Familie und Soziales* (inkl. Kita) lassen sich nur vier Anfragen finden, auch für den Bereich *Wirtschaft und Arbeit* sind es nur fünf.

Allgemein: Der Umgang mit Politik

Die AfD-Abgeordneten sprechen konsequent von ‚Altparteien‘, ‚Altparteienkartell‘ (Muhsal PIPr. 6/27) oder ‚Block der Altparteien‘ (Brandner, PIPr. 6/26), wenn sie von den anderen im Landtag vertretenen Parteien sprechen. Ein Kampfbegriff, der sich insgesamt im rechten und rechtsextremen Spektrum (u.a. FPÖ, NPD) großer Beliebtheit erfreut und sich auch schon beim nationalsozialistischen Propagandaminister Joseph Goebbels nachweisen lässt.¹ Ziel scheint dabei zum einen die Abgrenzung als ‚neue Partei‘, die noch nicht Teil eines ‚Systems‘ sein soll, aber vor allem geht es um die Stilisierung anderer PolitikerInnen als einer angeblichen ‚Politikerklasse‘ zugehörig, die den Bezug zu den Menschen verloren hat und politische Programme durchsetzen will, die von großen Teilen der Bevölkerung nicht gewollt werden. Ein Ausschnitt aus dem Landtagswahlprogramm der Thüringer AfD verdeutlicht dies. Dort heißt es: „In den letzten Jahrzehnten hat sich jedoch eine Politikerklasse herausgebildet, die sich den ‚Staat zur Beute‘ machen will. Dies wird begünstigt durch Berufspolitiker, die bereits in den Jugendorganisationen der Parteien begonnen haben und ohne Berufserfahrung gleichwohl anspruchsvolle öffentliche Ämter einnehmen. Die AfD ist stolz darauf, daß [sic] sie über unverbrauchte Politiker mit langjähriger Berufserfahrung außerhalb der Politik verfügt, für die sich die Existenzfrage bei Verlust eines politischen Amtes nicht stellt.“ (LTW-Programm AfD 2014:4)

Die AfD-Fraktion versucht, ihre Politik als ideologiefreie, technokratische, vom Bürgerwillen gesteuerte Vernunftentscheidungen zu verkaufen. Im Wahlprogramm ist das näher ausgeführt. Dort heißt es zum einen: „[Die AfD ist] für Argumente von Fachleuten offen.“ (AfD Thüringen 2014:4) Und zum anderen: „Steuerfinanzierte meinungssteuernde Projekte sind weder mit der Meinungsfreiheit noch mit der Volkssouveränität zu vereinbaren. Es ist Sache der Bürger, die Politik anzuleiten und nicht Sache des Staates, mit Steuergeldern den Souverän zu belehren.“ (AfD Thüringen 2014:4) Die behauptete Offenheit für Fachleute ist nur bedingt in der Realität erkennbar: So war zum einen ein großer Kritikpunkt der AfD-Fraktion in den Haushaltsverhandlungen 2015 die eingeplanten Gelder für externe Studien und Evaluationen, die ihnen viel zu hoch erschienen. Zum anderen werden in Plenarreden zwar gern WissenschaftlerInnen zi-

1 Ulrich Kasparick: „Altparteien“ – Anmerkungen zur Rhetorik der AfD. In: Ich werfe Kieselsteine in den Strom ... – Privater Blog von Ulrich Kasparick, Staatssekretär a.D., Berlin, 29. Oktober 2015, <https://ulrichkasparick.wordpress.com/2015/10/29/altparteien-anmerkungen-zur-rhetorik-der-afd/> (letzter Zugriff: 13.6.2016)

tiert, wenn es den eigenen Punkt untermauert, um sich einen seriösen Anstrich zu geben. Passen wissenschaftliche Erkenntnisse jedoch nicht in das eigene Programm, werden sie nicht zur Kenntnis genommen bzw. Behauptungen in die Welt gesetzt, die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen komplett zuwiderlaufen – z.B. bei der Frage des Klimawandels, aber auch im Bereich der Geschlechterpolitik.

Lehnt die AfD-Fraktion politische Maßnahmen der Koalition bzw. der Regierung ab, wird regelmäßig ‚Geldverschwendung‘ oder eine angeblich ‚überbordende Bürokratie‘ ins Feld geführt ohne dies näher zu erläutern. Diese Leit motive der Ablehnung, die nicht mit inhaltlichen Punkten gefüllt werden, erscheinen wie Totschlagargumente, um keine politische Debatte um die konkreten Anliegen führen zu müssen.

Die Themenfelder

Asyl und Migration

Noch im Wahlprogramm wird der Versuch unternommen, konservative Positionen in den Vordergrund zu rücken und keine offen rechtsradikalen Positionen zu vertreten. Zuwanderung wird daher nicht generell abgelehnt, sondern unter Nützlichkeitsabwägungen gestellt und in *gewollte* und *ungewollte Zuwanderung* unterschieden. Mit dem daraus abgeleiteten Slogan ‚keine Zuwanderung in die Sozialsysteme‘, wird jedoch bereits hier einem rechten Spektrum jenseits des bürgerlich-konservativen die Anschlussfähigkeit signalisiert. So auch Höcke in der Debatte um den Winterabschiebestopp: „Ich sage Ihnen, Herr Ministerpräsident Ramelow: Wer Einwanderung ohne Nützlichkeitsabwägung zulässt, der verrät die Interessen des eigenen Landes“ (PIPr. 6/6).

Im Themenbereich *Asyl und Migration* liegt ein deutlicher Schwerpunkt der Arbeit der AfD: Innerhalb des ersten Jahres der Parlamentsarbeit liegen ein Gesetzentwurf und drei Anträge vor (ein eigener und zwei Alternativanträge zu CDU-Anträgen), daneben 26 *Kleine Anfragen* (zwölf davon zu AsylbewerberInnen, eine zu ausländischen Studierenden), fünf *Mündliche Anfragen* (zwei zu Geflüchteten, zwei zu ausländischen ÄrztInnen, eine zu Islamunterricht) und ein Positionspapier. Es lässt sich dabei eine klare zeitliche Entwicklung sehen, die mit der Zunahme der Zahlen in Deutschland ankommender Flüchtlinge verknüpft ist: Bis Ende Juni 2015 wurden nur fünf *Kleine Anfragen* gestellt. Zwischen Ende Juni und Ende September jedoch 21. Auch ein thematischer Umschwung ist erkennbar: Bis zum Sommer wird die Idee der ‚Nützlichkeit‘ von ZuwandererInnen in den Mittelpunkt gerückt: Es gibt einen Antrag zur Frage ausländischer Studierender, in der gefordert wird, dass ausländische Studierende in Deutschland gehalten werden: „Gerade der AfD, die von Anfang an auf qualifizierte Zuwanderung hingewirkt hat, ist es ein besonderes Anliegen, diese hoch qualifizierten Absolventen, die in aller Regel auch eine hervorragende Integrationsfähigkeit und Integrationswilligkeit aufweisen, für unser Land und unsere Wirtschaft zu gewinnen.“ (Möller, PIPr. 6/21) Auch das Positionspapier soll den Eindruck hervorrufen, dass nicht alle Zuwanderung pauschal abgelehnt wird. Darin wird die Forderung nach dem kanadischen Modell aufgestellt, dass vor allem gut- und hochqualifizierte ZuwandererInnen bevorzugt. Was allerdings für die AfD wichtig ist, ist in dem Ausschnitt aus Möllers Rede auch ersichtlich. Neben Bildung und Qualifikation sind auch „hervorra-

gende Integrationsfähigkeit und Integrationswilligkeit“ unbedingt notwendig. Anders ließe sich auch der Fokus des Wahlprogramms auf die ‚Thüringer Identität‘ nicht umsetzen.

Diese Art der Nützlichkeitsdiskussion spiegelt deutlich, was Helmut Kellershohn mit Blick auf die Junge Freiheit (JF) als Argumentationslinie der *Neuen Rechten* in der Migrationspolitik ausmacht: „Allerdings offeriert die JF ein ‚flexibleres Angebot‘ als etwa die NPD, indem sie das Kriterium der Nützlichkeit als Maßstab für Einwanderung berücksichtigt und mit den Belangen der ‚Gemeinschaft‘ zu vermitteln versucht. Der Burschenschaftler Michael Paulwitz schreibt im JF-offiziösen *Manifest für die Zukunft Deutschlands im 21. Jahrhundert* (JF 42/2012, 3): „Diese Gemeinschaft ist nicht statisch; sie kann Einwanderer aufnehmen und zu beider Vorteil integrieren, wenn Einwanderung nicht schrankenlos und ungesteuert stattfindet.“ Voraussetzung sei auf Seiten der Einwanderer die Bereitschaft, ‚sich ohne Vorbehalt mit Staat und Nation zu identifizieren, sich also voll und ganz zu assimilieren.“ (Kellershohn 2014c)

Aber spätestens im Sommer 2015 wird das Thema in der parlamentarischen Arbeit auf Flüchtlinge verengt: Nur eine Anfrage befasst sich explizit mit einer anderen Gruppe von ZuwandererInnen (ausländischen Studierenden) und drei Anfragen befassen sich mit Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache, wobei anzunehmen ist, dass auch diese Anfrage vor dem Hintergrund der im Sommer 2015 deutlich zunehmenden Zahlen von Geflüchteten entstanden ist.

Auch zwei der drei Anträge drehen sich um Asylpolitik. Bei beiden Anträgen handelt es sich um Maßnahmen, die aus Sicht der AfD-Fraktion die Zahl der Geflüchteten in Deutschland erheblich reduzieren soll. Im Antrag „Asylbewerber vom Westbalkan: Asylverfahren beschleunigen – Abschiebungen erleichtern“ zeigt der Titel schon die Stoßrichtung, aber auch im Antrag „Für Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und Menschenwürde – Thüringen braucht eine neue Asylpolitik“ dreht es sich in erster Linie um verschiedene Maßnahmen zur schnelleren Umsetzung von Abschiebungen und um Abschreckung vor Rückkehr durch Sachleistungen, Wiedereinführungen von Grenzkontrollen und Visumpflicht für Länder des Westbalkans. Auch die Themen *Gewalt und Straftaten von Geflüchteten/Zugewanderten* werden regelmäßig angesprochen.

Wiederholt ist in den Redebeiträgen der AfD-Fraktion ab Sommer 2015 zu erkennen, wie die RednerInnen versuchen, parlamentarische Themen anderer Fraktionen zu Themen über die Flüchtlingszuwanderung zu drehen. Dabei werden zwei Stoßrichtungen sichtbar: Zum einen wird eine Neiddebatte befeuert, die weiße Deutsche gegen ZuwandererInnen ausspielt und erstere als benachteiligt und erleidend beschreibt. Zum anderen werden Horrorszenarien von eingeschleppten Krankheiten über die Zunahme von Straftaten bis hin zu Terrorismus an die Wand gemalt.

Es folgen einige Beispiele dazu.

Höcke führt aus: „Die Auswirkungen der völlig falsch angelegten Asylpolitik [...] werden für die Menschen in unserem Land zu einem alltäglichen Erleben und Erleiden.“ (Höcke, PIPr. 6/24) Und weiter: „Aufgrund der herrschenden Fehlanreize kommen Millionen Menschen zu uns ins Land. Die Mehrzahl ist jung, männlich und muslimisch. Diese Menschen, meine Damen und Herren, sind keine Bereicherung, sie sind eine Belastung für uns, finanziell und den Zusammenhalt unseres Staatswesens betreffend.“ (PIPr. 6/24)

Zur Debatte zur Finanzierung der *Freien Schulen* äußert sich Wiebke Muhsal wie folgt: „Den zweiten Grund, warum die Regierungsfractionen in einem der wichtigsten und zukunftssträchtesten Bereiche, nämlich dem der Bildung, nicht bereit sind, zugunsten unserer Schüler zu investieren, diesen zweiten Grund sehen wir in den letzten Tagen alle sehr deutlich. Rot-Rot-Grün ist dabei, unseren Staat in seinen Grundfesten zu erschüttern. Statt als durch die Thüringer Bürger gewählte Volksvertreter Politik für Thüringen zu machen, investieren Sie lieber Hunderte Millionen in die Aufnahme von Wirtschaftsmigranten, die keinen Asylgrund haben. Wo bei den *Freien Schulen* um jeden Cent geknappst wird, fließt das Geld für illegale Einwanderer, die mehrheitlich aus kulturfremden Kreisen kommen und weder integrationswillig noch integrationsfähig sind, in Strömen.“ (PIPr 6/25) Mit ihrem Verweis auf angeblich ‚kulturfremde‘ Kreise bedient sich Muhsal einer Argumentationsfigur der *Neuen Rechten*, die ihre rassistische Ablehnung von Zuwanderung bevorzugt in kulturalistische Argumente kleidet. Ganz nebenbei wird deutlich, dass auch das bisher von AfD-Seite angeblich favorisierte Zuwanderungsmodell von ihrer Seite eigentlich kaum umzusetzen ist, denn aus ihrer Sicht ist die Mehrheit der ZuwanderInnen aufgrund ihrer Herkunft weder „integrationswillig noch integrationsfähig“.

Zu einer CDU-Debatte zum öffentlichen Gesundheitsdienst sprechen sowohl Corinna Herold als auch Wiebke Muhsal. Beide fokussieren ausschließlich auf den Zuzug von Flüchtlingen. Herold führt aus: „Im letzten Plenum hatten wir bereits darauf hingewiesen, dass die öffentliche Gesundheit in Gefahr ist, wenn durch die unkontrollierte Einwanderung verschiedene, bisher als bekämpft und ausgerottet geglaubte Krankheiten nach Deutschland und Thüringen wieder hereingebracht werden. Wir fordern ganz klar, dass hier die Bevölkerung geschützt werden muss. [...] Es besteht unter Umständen bald Seuchengefahr. Welche Vorkehrungen haben Sie getroffen, um solche eventuellen Krankheitsausbrüche sicher und wirksam einzudämmen? Darauf gibt es im Moment keine sinnvollen und fachlich fundierten Antworten. [...] Wir haben es im Februar bereits gesagt und wiederholen es hier: Die einzige Antwort auf diese Herausforderung ist die strikte Einhaltung der Gesetze, der Vollzug der Abschiebung aller schon abge-

lehnten Antragsteller und feste Regeln für Ankömmlinge aus sicheren Drittstaaten bzw. Herkunftsstaaten.“ (PIPr 6/26) Dass die AfD-Fraktion den Ton in der Debatte deutlich verschärft hat, zeigt sich auch in einem weiteren Beitrag von Muhsal, die erklärt: „Ich begrüße auch besonders die Besucher auf der Tribüne, hallo liebe Schüler, schön dass ihr da seid, denn um euch geht es auch bei diesem Thema, denn wenn es um Krankheiten und Seuchen geht, dann seid ihr diejenigen, die dann letztendlich auch betroffen sind davon, wenn man diejenigen, die diese Krankheiten einschleppen, massenhaft in die Schulen reinlässt.“ (PIPr. 6/26)

Sicherheit – Law and Order

Ein zweiter Schwerpunkt liegt in einem Themenbereich, der sich am einfachsten mit dem Stichwort ‚Sicherheit‘ überschreiben ließe. Dazu lassen sich eine aktuelle Stunde (Einbruchskriminalität entlang von Autobahnen), ein Antrag, 20 *Kleine Anfragen* und sieben *Mündliche Anfragen* zuordnen. Als erstes fällt auf, dass sich von 20 *Kleinen Anfragen* 15 (also drei Viertel) direkt oder indirekt auf MigrantInnen beziehen. Noch deutlicher sieht es bei den *Mündlichen Anfragen* auf, wo fünf von sieben Anfragen in der einen oder anderen Weise Zugewanderte oder Muslime betreffen. Die Schwerpunkte bilden dabei Fragen zu Kriminalität und Gewalt in und um Flüchtlingsunterkünfte sowie islamistischer Terrorismus. Auch der Antrag befasst sich mit ‚interreligiöser oder interethnischer Gewalt‘; Anlass ist dabei wohl eine Auseinandersetzung in der Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl. Die Aussprache zu diesem Antrag nutzt Möller in erster Linie dafür, um gegen Muslime zu hetzen: „Zwei Drittel der Asylantragsteller sind muslimisch, männlich und jünger als 30 Jahre. Wissenschaftlich fundierte Studien, wie die vom damaligen Bundesinnenminister Schäuble 2010 in Auftrag gegebene Untersuchung, kamen schon damals zu dem Schluss, dass insbesondere Muslime über ein vergleichsweise hohes Gewaltpotenzial verfügen.“ (Möller, PIPr. 6/26) Körperliche Auseinandersetzungen, Diebstähle und andere Vorfälle, die die Ausnahme sind, versuchen sie nicht nur zur Regel zu erklären sondern prinzipiell kulturell und religiös zu erklären. Auch hier zeigen sich wieder deutlich kulturalistische Erklärungsmuster, die Verhaltensweisen nicht mehr offensichtlich biologisch rassistisch verallgemeinern, wohl aber über eine vermeintliche ‚Kultur‘ erklären wollen, was sich in der *Neuen Rechten* großer Beliebtheit erfreut.

Familienpolitik

Mit dem Engagement von Beatrix von Storch in der AfD war von Beginn der Parteigründung an erwartet worden, dass eine rechtskonservative Familienpolitik und ein dezidierter Antifeminismus wichtiger Teil des politischen Programms der AfD sein

würde. So schreiben auch Korsch/Wölk „[so] ist es völlig glaubhaft, wenn Lucke ‚Familienpolitik, Zuwanderungspolitik und Europapolitik‘ als ‚große und wichtige Themenfelder für die Zukunft unseres Landes‘ bezeichnet.“ (Korsch/Wölk 2014). Auch das Thüringer AfD-Wahlprogramm behandelt *Familie* als erstes und somit als zentrales Thema nach der Präambel. So heißt es: „Wenn wir in diesem Punkt, Familien und Kindern eine gute Zukunft in Thüringen zu geben, scheitern, sind alle anderen Aktivitäten umsonst.“

In der Arbeit der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag scheint das Thema dann auf den ersten Blick aber eher unterbelichtet: Es gibt neben einem Antrag zum Wegfall des Bundesbetreuungsgeldes nur zwei kleine Anfragen und drei mündliche Anfragen, die sich vorrangig diesem Bereich zuordnen lassen. Allerdings zieht sich das Thema zum einen durch viele Reden, oft unter dem Stichwort ‚demografischer Wandel‘, so z.B. in der Debatte um Pflegepolitik oder beim Antrag zu ausländischen Studierenden. Zum anderen macht es den Eindruck, als würden inhaltliche Themen dem Oberthema ‚Familie‘ untergeordnet. So läuft etwa ein Antrag zu den Arbeitsbedingungen im wissenschaftlichen Mittelbau unter dem Titel „Familienfreundliche Gestaltung der Arbeitsbedingungen von freiberuflichen Lehrbeauftragten und Honorarkräften an Thüringer Hochschulen“, obwohl es im Antrag nicht in erster Linie um Ideen für die Familienfreundlichkeit an Hochschulen geht. Erst die mündliche Begründung nimmt den Aspekt auf, dass unsichere Arbeitsbedingungen zu weniger Familiengründungen führen.

In der Arbeit der AfD-Fraktion spielt erwartungsgemäß das Landeserziehungsgeld bzw. das auf Bundesebene kurzzeitig eingeführte Betreuungsgeld eine größere Rolle. Daran diskutiert die AfD die Frage der Erziehung außerhalb staatlicher Institutionen, die sie als „Verstaatlichung der Kindheit“ beschreibt. (Muhsal, PIPr. 6/26) Die wiederholt vorgebrachte Argumentation lautet dabei: „Es ist eine Schande, dass Sie das bewährte Landeserziehungsgeld abschaffen wollen. Sie rauben verantwortungsbewussten Eltern die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, was das Beste für ihr Kind ist, und ich sage Ihnen, in Thüringen haben wir überwiegend verantwortungsbewusste Eltern. Alles andere ist eine Misstrauenskultur, die Sie selbstbewusst erziehenden Eltern entgegenbringen, Herr Ramelow. Schon die Jüngsten unterwerfen sich staatlichen Einflussnahmen.“ (Höcke, PIPr. 6/3, ähnlich Muhsal PIPr. 6/26)

Allerdings tauchen in der Fraktionsarbeit dabei Inkonsistenzen auf. Der von Höcke und Muhsal vorgetragene Argumentationslinie widerspricht Herold zumindest in Teilen, wenn sie in einer Debatte um Zahngesundheit ausführt: „Außerdem ist es bedenklich, dass bei den unter Dreijährigen nur etwa ein Drittel der Kinder zu den Früherkennungsuntersuchungen in den Zahnarztpraxen erscheint. [...] Das bedeutet, dass sich vermutlich viele Eltern auf die Früherkennungsuntersuchung des ÖGD in den Kindertagesstätten verlassen. Die kleine Gruppe von Kindern, die erst spät oder gar keine

Kindertagesstätte besuchen, bekommen dann aber weder Früherkennung noch Gruppenprophylaxe. Hier sind wieder besonders die Kinder aus sozialen Risikogruppen gefährdet, da die Epidemiologie mittlerweile genau erfasst hat, in welchen sozialen Gruppen die Karies am häufigsten vorkommt.“ (PIPr, 6/27) Damit erkennt sie an, was die BefürworterInnen des Kitabesuchs schon lange anführen, nämlich dass Kinder gerade auch aus sozial schwächeren Schichten in vielfacher Hinsicht vom Kitabesuch profitieren können.

Wenn die AfD-Fraktion in Debatten Fragen zur Familienpolitik aufwirft, wird diese auch regelmäßig in Verbindung mit sexueller Vielfalt und unterschiedlichen Familienmodellen gebracht, die die AfD ablehnt: „Es gehört zur normativen Kraft des Faktischen, dass nur durch Beziehungen zwischen Mann und Frau Kinder auf die Welt gebracht werden. Die stabilste Beziehung zwischen Vater und Mutter, die auch bei Weitem optimalste [sic] Umgebung für Kinder, das ist die Ehe, das war sie immer und das wird sie auch immer bleiben.“ (Möller, PIPr. 6/21) Dass Familien heute genauso durch Adoption, Leihmutterschaft oder künstliche Befruchtung entstehen, will die AfD nicht zur Kenntnis nehmen. Aus einer biologischen Tatsache kann sie nur eine gesellschaftliche Form von Familie ableiten, die tatsächliche vielfältige soziale Realität lehnt sie offenbar ab: „Hier kommen wir zu dem Unterschied zwischen Eheleuten und Lebenspartnern: Die Verbindung zwischen Mann und Frau ist Grundvoraussetzung für das Entstehen von Kindern und damit auch Grundvoraussetzung für den Erhalt des Staatsvolks mit allem, was an Sozial- und Rentensystemen dranhängt. In der Verbindung zwischen Mann und Mann oder Frau und Frau ist das Entstehen von Kindern und damit auch der Beitrag für den Erhalt unseres Staatsvolks hundertprozentig und unumstößlich ausgeschlossen.“ (Muhsal PIPr. 6/17)

Gleichstellung und sexuelle Diversität

Jegliche gleichstellungspolitischen Ansätze lehnt die AfD-Fraktion ebenso vehement ab wie sexuelle Vielfalt. In seiner Rede zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow erklärt Höcke in teils drastischen Formulierungen: „Auch dem Gender-Totalitarismus, dieser Fehlgeburt des Behaviorismus, werden wir die Stirn bieten, sehr verehrte Damen und Herren.“ Und weiter: „Was Sie mit Ihrem Körper machen oder wie Sie sich fühlen oder definieren, das ist mir völlig egal, aber wenn Sie Ihre perverse Sicht auf die Welt als allgemeine Erziehungsmaxime durchsetzen wollen, werden Sie scheitern.“ (beide PIPr. 6/3)

Damit formuliert er, was bereits im Wahlprogramm der AfD Thüringen zu finden war: „Versuchen, mit Hilfe der Gender-Ideologie den Sinn des Wortes ‚Familie‘ in Artikel 6, Absatz 1 des Grundgesetzes auf andere Gemeinschaften auszudehnen und der Familie

auf diesem Wege den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung zu entziehen, ist entgegenzutreten. Die Gender-Ideologie steht sowohl im Widerspruch zu den Ergebnissen der Naturwissenschaft und Entwicklungspsychologie als auch zur Lebenserfahrung.“ (LTW-Wahlprogramm AfD, S. 6) Im Abschnitt *Hochschule* heißt es dann weiter: „Die AfD lehnt das von der EU massiv betriebene *Gender Mainstreaming* ab, das auf eine Aufhebung der Geschlechteridentitäten zielt. Die Ummünzung wissenschaftlich hoch umstrittener Forschungsprojekte im Rahmen der *Gender Studies* zu gesellschaftspolitischen Maximen sollte nicht durch die öffentliche Hand finanziert werden. Bei der Stellenvergabe an Universitäten muß [sic] die Qualifikation, nicht das Geschlecht den Ausschlag geben. Statt Quotenregelungen zu erlassen, muß [sic] die Politik die Chancengleichheit für Mann und Frau auf allen gesellschaftlichen Feldern unterstützen.“ (LTW-Wahlprogramm AfD, S. 12f) Wie diese Unterstützung aussehen soll, lässt sich in der Arbeit der AfD-Fraktion nicht erkennen, im Gegenteil: Bereits in der zweiten Plenarsitzung beantragt die Fraktion die Abschaffung des Gleichstellungsausschusses, da, so Herold, es sich um ein „Instrument zur Fortschreibung und Zementierung von unter anderem Männerdiskriminierung, für Verschwendung von Mitteln und teuren Unfug“ handelt. (PIPr. 6/2) Die Gleichstellung der Geschlechter wäre erreicht, führt sie weiter aus.

Insgesamt gibt es auch in diesem Themenbereich im ersten Jahr nur wenige parlamentarische Aktivitäten. So finden sich nur drei *Kleine Anfragen* und drei *Mündliche Anfragen* zu Gender und Gender Mainstreaming, Genderbudget und Finanzierung für Gleichstellungsarbeit sowie zur LGBTI-Community. Letztere schlug auch über Thüringen hinaus einige Wellen (so im in Berlin erscheinenden Tagesspiegel²), da Herold nicht nur nach den genauen Zahlen im Verhältnis zur gesamten Bevölkerung fragt, sondern auch, warum die Staatsregierung Antidiskriminierungsmaßnahmen für nötig hält (*Kleine Anfrage* 6/492). Dass es in diesem Bereich kaum parlamentarische Aktivitäten gibt, ist in der Sache natürlich konsequent. Wo die Meinung feststeht, braucht es keine inhaltlichen An- und Nachfragen.

Aber ähnlich wie im Bereich *Familienpolitik* wird das Thema *Gleichstellung* regelmäßig angesprochen auch in Zusammenhängen, in denen es eigentlich um andere Themen geht. So wirft Muhsal in einer Debatte zu *Freien Schulen* das Thema *Gender Mainstreaming* auf und bezeichnet es als „allumfassende Strategie der Gesellschaftsveränderung von oben nach unten.“ (PIPr. 6/21)

2 Robert Klages: AfD will Homosexuelle in Thüringen zählen lassen. In: Tagesspiegel, 12. Oktober 2015, <http://www.tagesspiegel.de/berlin/queerspiegel/anfrage-von-corinna-herold-afd-will-homosexuelle-in-thueringen-zaehlen-lassen/12438312.html> (letzter Zugriff: 13.6.2016)

Während im ersten Redebeitrag zu Fragen der Gleichstellung und Frauenförderung noch eine der beiden weiblichen Abgeordneten ans Redepult trat, um antifeministische Positionen zu vertreten, tut dies in der folgenden Zeit erstaunlich oft der Fraktionsvorsitzende selbst. So geht er neben seinen Bemerkungen zum Thema *sexuelle Vielfalt* (siehe oben) ausführlich in seiner Rede zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten auf die Frage ‚Frauenquote‘ ein. Er bemüht dabei die gängigen rechten Argumente gegen die Quote, dass ‚starke‘ Frauen keine Quote bräuchten und stattdessen im Gegenteil ihre Durchsetzungsfähigkeit beeinträchtigt würde, weil sie als ‚Quotenfrau‘ verunglimpft werden: „Es werden nicht nur exzellente Männer von Führungspositionen ausgeschlossen, sondern auch leistungsstarke Frauen in verantwortungsvollen Positionen in ihrer Autorität untergraben.“ (PIPr. 6/3) Auch der explizite Verweis auf eine ‚Männerdiskriminierung‘ als Folge einer Förderung von Frauen taucht wieder auf. Statistiken zu Frauen in Führungspositionen u.ä. werden offenbar nicht zur Kenntnis genommen.

Theoretisch ließe sich annehmen, dass es in der Politik der AfD einen Widerspruch geben könnte zwischen wirtschaftsliberalen Positionen, die Frauen durchaus so weit wie möglich in den Arbeitsmarkt integriert sehen wollen (Stichworte: Ausbildungskosten sowie Arbeitskräftemangel), und einer rechtskonservativen Position, die Reproduktionsarbeit Frauen zuschreibt und von ihnen in der Familie erledigt sehen will. Die implizite Ablehnung von Kitas gibt einen ersten Hinweis, wie die Thüringer AfD-Fraktion diese Frage für sich löst, ein weiterer findet sich in einem Redebeitrag von Herold zu *Pflege*: „Wenn wir nun bedenken, dass die Pflegemisere insgesamt Resultat nicht zuletzt der Bevölkerungsentwicklung und der rückläufigen Geburtenrate ist, wenn wir andererseits bedenken, dass aber nach wie vor der größte Teil der Pflegebedürftigen ausschließlich von angehörigen Familienmitgliedern versorgt wird, wäre es da nicht an der Zeit darüber nachzudenken, wie wir die Familie stärken? Es gibt nämlich einen Zusammenhang zwischen Pflege- und Familienpolitik. Den übersieht man aber, wenn man beim Stichwort *Familie* allenfalls danach fragt, wie die Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern oder auch von Frauen mit Pflege Tätigkeit zusammengebracht werden kann – dabei immer im Hinterkopf haben, dass Frauen erwerbstätig zu sein haben. Das ist viel zu eng und zu einseitig und in Kategorien der Alternativlosigkeit gedacht.“ (Herold PIPr. 6/11) Dass Männer verstärkt in Sorgearbeiten einbezogen werden könnten, lässt sich bei der AfD offenbar nicht denken.

Auch bei der AfD-Fraktion sieht man bereits 2015 eine Entwicklung, die nach den zahlreichen gemeldeten sexualisierten Übergriffen zu Silvester 2015/16 in der Kölner Innenstadt breit in der öffentlichen Debatte verfolgbar war: Frauenrechte werden von konservativen und rechten Kreisen gegen Zuwanderer instrumentalisiert. Menschen, denen Gleichberechtigung bisher wahlweise egal war oder zu weit ging, werden plötz-

lich zu deren VerfechterInnen. So erklärt Möller in einer AfD-Debatte: „[...] oder wenn beispielsweise vorauseilende links-grün durchideologisierte Beschwichtiger Konflikte mit dem Rollenverständnis einiger muslimischer Männer dadurch zu lösen versuchen, dass sie jugendlichen Mädchen ausreden oder an Schulen untersagen, bestimmte Kleidung zu tragen, [...] oder wenn man beispielsweise Forderungen nach Extraschwimmstunden für muslimische Frauen und Mädchen erfüllt oder wenn man es akzeptiert, dass es in bestimmten muslimischen Gemeinschaften üblich ist, dass Frauen Männern nicht die Hand geben.“ (Möller, PIPr. 6/26) Dass wiederum Birgit Kelle, eine sich für ein konservatives Frauen- und Familienbild engagierende Journalistin, und ihr Beitrag in der Zeitschrift *The European* ‚Dann mach doch die Bluse zu!‘, in dem u.a. sexualisierte Übergriffe zu Nichtigkeiten erklärt werden, vor allem auch in AfD-Kreisen beklatscht werden, lässt er geflissentlich aus.

Rechtsextremismus, ‚Linksextremismus‘ und der politische Gegner

Wenn auch weniger prominent als die Bereiche *Migration* und ‚Sicherheit‘ liegt ein Schwerpunkt der Fraktionsarbeit der AfD bei einem Themenkomplex, der linke bzw. linksradikale Aktivitäten und Strukturen und solche der extremen Rechten thematisiert. So lassen sich zwei aktuelle Stunden, eine Entschließung (zum Thüringenmonitor), sechs *Kleine Anfragen* und eine *Mündliche Anfrage* zuordnen. Zwei Dinge fallen sofort ins Auge: Trotz der Tatsache, dass sich AfD-Abgeordnete gelegentlich von Rechtsextremismus in Redebeiträgen distanzieren, ist in der parlamentarischen Arbeit kein Interesse zu erkennen, rechtsextreme Strukturen oder Gedankengut zu thematisieren. Stattdessen werden sogenannte ‚LinksextremistInnen‘ ins Zentrum der Arbeit gerückt und die Finanzierung des *Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit* in Frage gestellt. Dabei werden unter den Begriff des ‚Linksextremismus‘ ein Großteil von Anti-Nazi-Aktivitäten sowie Menschen, die sich gegen Nazis und auch gegen die AfD engagieren, subsumiert. Immer wieder wird in zum Teil drastischen Formulierungen behauptet, die Staatsregierung sowie die Koalitionsfraktionen setzten zu Unrecht einen Schwerpunkt auf Rechtsextremismus und vernachlässigten den in weiten Teilen wohl nur als imaginiert zu bezeichnenden ‚Linksextremismus‘. Dies tue sie auch, weil sich dort ‚ihre Klientel‘ befinde. So führt Herold in einer Debatte zur Zahngesundheit [sic!] aus: „Sie sollten hier [im Bereich der Zahngesundheit] Geld ausgeben und nicht mit unsinnigen Mitteln und Aufstockungen für irgendwelche interkulturellen Projekte Ihrer eigenen Klientel Demonstrationstourismus wohlstandsverwahrloster Hobbyanarchisten finanzieren.“ (Herold, PIPr. 6/19)

Der AfD-Schwerpunkt in diesem Bereich ist schon früh erkennbar. So führt Höcke bereits in seiner Rede zum Amtsantritt des Ministerpräsidenten aus: „Obgleich der Bericht des Bundesamts für Verfassungsschutz 2013 von zum Teil hemmungsloser Gewalt der linksextremistischen Szene spricht und Linksextremisten im Vergleich zu Rechtsextremisten weit mehr als doppelt so viele Gewalttaten verüben, wird der Kampf gegen die linken Demokratiefeinde in Ihrem Koalitionsvertrag, man wundert sich, an keiner Stelle erwähnt.“ (PIPr 6/3) Dass die Realität in Thüringen anders aussieht, zeigt ein Blick in den Verfassungsschutzbericht Thüringens: Für das Jahr 2013 (also bereits vor dem starken Ansteigen rechter Straftaten 2015) stehen dort 1083 Straftaten, die als „politisch motiviert – rechts“ eingeordnet werden, 192 Straftaten gegenüber, die als „politisch motiviert – links“ bewertet werden. Insgesamt machen rechte Straftaten in dem Jahr fast drei Viertel aller Straftaten in Thüringen aus, die der Verfassungsschutz als politisch motiviert bewertet. (Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz 2014, S. 66 und 96)

Dem gesamten Bereich lassen sich neben einem Antrag zum Thüringenmonitor zwölf *Kleine Anfragen* und eine *Mündliche Anfrage* zuordnen. Die Anfragen legen wiederholt die Ansicht der AfD nahe, dass die Staatsregierung die linke Szene nicht nur ignoriert sondern im Gegensatz aktiv fördert. Auch in einer aktuellen Stunde machte die AfD ‚Linksextremismus‘ zum Thema. Höcke behauptete dort: „Die Daten des Innenministeriums zur politisch motivierten Kriminalität zeigen jedoch eindeutig, dass linksextreme Straftaten auch in Thüringen eine zunehmend große Rolle spielen. Während sich die rechtsextreme Kriminalität seit Jahren auf einem gewiss zu hohen, aber doch stagnierenden Niveau befindet, erfährt die linksextreme Kriminalität einen bedrohlichen Zuwachs.“ In Thüringen verdoppelten sich 2014 die als ‚politisch motiviert links‘ eingeordnete Straftaten zwar, die Polizei selbst führt die gestiegenen Zahlen aber vor allem auf die Kommunal- und Landtagswahlen zurück sowie auf drei Nazi-Veranstaltungen, die jeweils von Protesten begleitet wurden. Das unterschlägt Höcke. Er unterschlägt auch, dass trotz der gestiegenen Zahlen Straftaten im Bereich der ‚politisch motivierte Gewalt links‘ nur knapp ein Fünftel der Straftaten in diesem Bereich ausmachen, fast zwei Drittel aber weiterhin von Rechtsradikalen verübt werden. Da die AfD zum Erhalt ihres konservativ-bürgerlichen Images sich nicht offiziell positiv auf rechtsradikale Aktivitäten beziehen kann, wählt sie eine andere Strategie: Das Ausmaß rechtsextremer Straftaten in Thüringen wird immer wieder von der AfD relativiert und kleingeredet mit Aussagen wie: „Wir als Fraktion der AfD setzen uns für die Bekämpfung aller Formen des Extremismus ein, selbstverständlich. Es darf dabei nicht nur um die Bekämpfung des Rechtsradikalismus gehen, die immer und immer wieder thematisiert wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist geradezu unsere Pflicht, auch für die Bekämpfung des Linksextremismus und des religiösen Extremismus einzustehen.“ (Höcke, PIPr 6/18) Zudem wird suggeriert, dass die relativ geringe Anzahl anderer als ‚politisch

motiviert` eingeordneter Straftaten tatsächlich ein ernstzunehmendes politisches Problem darstellten.

Ein Phänomen sollte in diesem Zusammenhang noch erwähnt werden: Die AfD versucht sich immer wieder darin, wissenschaftliche Begriffe umzudeuten, die das rechte Spektrum beschreiben sollen. So gibt es verschiedentlich von AfD-Abgeordneten den Versuch, den Umgang mit der AfD-Fraktion im Parlament oder auch linke Weltanschauungen als ‚gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit` (u.a. Brandner, PIPr. 6/19) zu deklarieren und zu interpretieren.

Umweltpolitik

In der Umweltpolitik ist die AfD-Fraktion insgesamt weniger aktiv, was nicht überrascht. Sie hat sich allerdings dem Thema *erneuerbare Energien und Windkraft* angenommen. So gibt es dazu eine *Aktuelle Stunde*, von den acht *Kleinen Anfragen* und zwei *Mündlichen Anfragen* zum Thema Umwelt, Energie und Naturschutz befassen sich fünf mit Windkraftanlagen und Stromtrassen. Die Argumentationsrichtung ist dabei deutlich: „Ich sage es Ihnen ganz offen, [...] die Energiewende für falsch zu halten, da gehört ja nicht viel dazu. Ich denke mal, die Erkenntnis hat sich schon bei dem Großteil der hier Ansässigen durchgesetzt. Also so, wie sie jedenfalls momentan gehandhabt wird, ist sie falsch. Beim Klimawandel, muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, habe ich manchmal den Eindruck, dass das eine Glaubensfrage ist. Deswegen beschäftige ich mich damit nicht.“ (Möller PIPr 6/10) Dass 97% aller Studien eine Veränderung des Klimas durch menschliche Einflüsse bestätigen, wird als ‚Glaubensfrage` abgetan. Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag befindet sich damit in ihren Argumentationsmustern ganz auf Linie der Bundespartei – die Leugnung des menschengemachten Klimawandels ist inzwischen offizielles Parteiprogramm. Was sich die AfD davon verspricht, lässt sich aus einem Höcke-Beitrag ersehen, indem er ausführt: „Familien bezahlen so die staatliche erzwungene Zwangs-EEG-Rendite gut betuchter Bürger, die ihr Geld aufgrund der Null-Zins-Politik der EZB in irgendwelche Anlagen investieren müssen. Ihre staatlich verordnete Investitionsdiktatur ist nicht nur Naturzerstörung pur, sondern sie ist ein Umverteilungsprojekt von unten nach oben und damit asozial. [...] Und verhindern Sie vielleicht mit einem Windkrafterlass den Wahnsinn in unseren Wäldern und nehmen Sie vielleicht einmal verbindliche Abstandsflächen in das Baugesetzbuch auf.“ (PIPr. 6/12) Zwei Motive scheinen auf: Höcke bedient zum einen den ‚oben-vs.-unten`-Diskurs, auf den die AfD zur Mobilisierung stark setzt, zum anderen nimmt er den auch in Thüringen erstarkenden Widerstand gegen Windkraftanlagen auf, weil sich die AfD in den vielen Bürgerinitiativen, die sich gegen die Energiepolitik der Staatsregierung wenden, potentielle WählerInnen verspricht.

Wirtschaft und Arbeit

Verschiedene Beiträge, die sich mit der Entwicklung der AfD auf Bundesebene befassen, kommen zu dem Schluss, dass die politische Ausrichtung der AfD nicht nur national-konservativ sondern auch marktradikal sei (Häusler 2013:10; Korsch/Wölk 2014; Bebnowski/Förster 2014). In der Tat spielten WirtschaftswissenschaftlerInnen bei der Entstehung der Partei auf Bundesebene eine entscheidende Rolle, und die ersten politischen Äußerungen erweckten allgemein den Eindruck, dass es sich um eine neue neoliberale Partei neben der schwächelnden FDP handele, die die Interessen des Kapitals gegen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchsetzen wird. Bebnowski und Förster (2014) sprechen in diesem Zusammenhang von ‚Wettbewerbspopulismus‘. Diese Beschreibung trifft auf die Aktivitäten der AfD im Thüringer Landtag nur sehr eingeschränkt zu.

Als erstes fällt auf, dass es keinen erkennbaren ökonomischen Sachverstand gibt und offensichtlich innerhalb der Fraktion auch kein Wert darauf gelegt wird, sich diesen anzueignen.

Es gibt in diesem Bereich nur drei *Kleine Anfragen* und eine *Mündliche Anfrage*. Fehlende inhaltliche Arbeit wird damit wettgemacht, dass bei Vorhaben der Regierung regelmäßig pauschal behauptet wird, jede Regelung – vom Mindestlohn zum Bildungsfreistellungsgesetz – belaste die Wirtschaft: „Weiterhin drangsalieren Sie die Wirtschaft mit einem enormen Verwaltungsaufwand beim Mindestlohn. Ihre Spezialität als Umverteilungsparteien und Quotenparteien ist auch die Erfindung von Frauenquoten und sonstigen Quoten.“ (Möller PIPr 6/27) Und weiter: „Es ist überaus bedenklich, dass das Mindestlohngesetz im Grunde von einem generellen Verdacht gegenüber Unternehmern ausgeht. Der Verdacht besteht darin, dass die Unternehmen letztendlich nur daran interessiert seien, Regeln zu umgehen und die Arbeitnehmer um ihre Rechte zu bringen.“ (Möller PIPr 6/15)

Auch hier ist die Analyse Kellershohns zur *Jungen Freiheit* (JF) instruktiv: „Seine soziale Basis hat der Nationalliberalismus vor allem in Teilen der Mittelklassen, z.B. mittelständischen Familienunternehmen, soweit sie für Wohlstandschauvinismus und Standortnationalismus empfänglich sind. Die JF spricht nebulös von den ‚gebeutelten Leistungsträger[en] der Gesellschaft‘ (Michael Paulwitz, JF 20/2013: 1), die unter dem ‚Brüsseler Wasserkopf‘ und dem ‚Sozialstaatswahnsinn‘ (Kubitschek) litten.“ (Kellershohn 2014c).

Besonders im Bereich *Arbeit und Arbeitslosigkeit* hat die Fraktion inhaltlich nichts anzubieten, versucht sich aber in einem Spagat zwischen ihren WählerInnen, die als

Angestellte und ArbeiterInnen für Lohn arbeiten, und ihren wirtschaftsliberalen Wurzeln und kommt dabei mitunter zu überraschenden Aussagen: „Die AfD setzt sich ohne Weiteres für eine angemessene Bezahlung von Arbeitnehmern ein. Das bedeutet, dass Löhne und Gehälter eine Existenzsicherung der Beschäftigten sowie ihrer Familien ermöglichen müssen – so steht es schon in unserem Wahlprogramm. Ich mache keinen Hehl daraus, wir würden das Ganze natürlich gern ohne einen Mindestlohn hinbekommen, aber allein mit der Tarifautonomie ist das heute so gar nicht mehr möglich. Warum ist das so? Es liegt an unserem überregulierten Sozialstaat.“ (Möller PIPr 6/15) Die behaupteten Zusammenhänge bleiben dabei wie so oft nebulös.

In ein ähnliches Argumentationsproblem kommt Herold in einer Debatte zu Langzeitarbeitslosigkeit: „Im Mai dieses Jahres waren in Thüringen nur 83.860 Menschen ohne Arbeit. ‚Nur‘ können wir im Vergleich zu den vergangenen Jahren sagen. Die Thüringer Wirtschaft ist auf einem guten Weg [...]. Das dürfen wir auf keinen Fall mit einer Wirtschaftspolitik oder Arbeitsmarktpolitik, die eine reine Klientelpolitik ist, gefährden. Eine übermäßige Belastung der Thüringer Unternehmer schadet der Wirtschaft. [...] Langzeitarbeitslose nachhaltig zu unterstützen, ist in diesem Haus zweifelsohne konsensfähig. Die Regierungsfractionen konkretisieren das noch einmal und fordern Teilhabe der Langzeitarbeitslosen am Erwerbsleben in Thüringen – ein unstrittiges Ziel jeder Art von Politik. Menschen definieren sich fast immer über die von ihnen ausgeübten Tätigkeiten. Über die Arbeit knüpfen Menschen soziale Kontakte und haben am gesellschaftlichen Leben teil.“ (Herold, PIPr. 6/21) Wie eine Politik zur wirksamen Teilhabe von (Langzeit-)Arbeitslosen am Erwerbsleben hergestellt werden soll, wenn es gleichzeitig keine Regelungen für Unternehmen geben darf und der Sozialstaat aus AfD-Sicht bereits vollkommen ‚überreguliert‘ (und vermutlich auch überfinanziert) ist, bleibt Herolds Geheimnis.

Die Abgeordneten der Fraktion

Björn Höcke – Fraktionsvorsitzender

Björn Höcke wurde 1972 in Lünen (Nordrhein-Westfalen) geboren. Höcke studierte Sport und Geschichte auf Lehramt für Gymnasien in Bonn, Gießen und Marburg. Bis zu seinem Einzug in den Landtag arbeitete er als Oberstudienrat an einer Schule im hessischen Bad Sooden-Allendorf und ist zurzeit beurlaubt.

Höcke ist Fraktionsvorsitzender der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag und als Gründungsmitglied der AfD Thüringen seit 2013 einer von zwei Parteisprechern. Er ist außerdem Vorsitzender des AfD-Kreisverbandes Nordhausen-Eichsfeld-Mühlhausen.

Diverse Beiträge und Artikel über Höcke befassen sich sowohl mit seinen Kontakten zu prominenten Figuren der *Neuen Rechten* wie z.B. zu Götz Kubitschek, einem Mitbegründer des neurechten *Instituts für Staatspolitik*, als auch mit seiner neurechten Rhetorik. So dokumentiert Jobst Paul die rassistischen und völkischen Äußerungen Höckes (Paul 2016). Andreas Kemper kommt anhand des Vergleichs von Formulierungen zu der Annahme, dass Höcke höchstwahrscheinlich unter einem Pseudonym für eine NPD-Zeitung im Eichsfeldkreis, in dem er lebt, Texte schreibt, die den Nationalsozialismus verherrlichen.³ Die Zeitung wird von Thorsten Heise verbreitet, einem führenden Aktivisten der Kameradschaftsszene und NPD-Bundesvorstandsmitglied.

Der AfD-Bundesvorstand strebte unter dem damaligen Vorsitzenden Bernd Lucke ein Amtsenthebungsverfahren gegen Höcke als Landessprecher an, da dieser sich nach Ansicht des Bundesvorstandes nicht ausreichend von der NPD distanzierte. Höcke erklärte, niemals Artikel in NPD-Zeitschriften verfasst zu haben, war aber nicht bereit, gegenüber dem AfD-Parteivorstand eine eidesstattliche Versicherung zu unterschreiben (FES Thüringen 2015: 26). Alle Ansinnen einer Amtsenthebung oder eines Parteiaustritts wurden nach dem Abgang Luckes im Dezember 2015 durch eine Rüge des AfD-Bundesvorstandes wegen ‚politischer Torheit‘ beendet. (Paul 2016: 1)

3 Andreas Kemper (2015): Björn Höcke – ein verkappter NS-Sympathisant? In: Blog von Andreas Kemper, 25. September 2015, <https://andreaskemper.org/2015/09/22/bjoern-hoecke-ein-verkapp-ter-ns-sympathisant/> (letzter Zugriff: 13.6.2016)

Schaut man sich Höckes parlamentarische Aktivitäten an, fällt als erstes die geringe Anzahl von Anfragen ins Auge. Insgesamt hat Höcke im ersten Jahr seiner Parlamentsarbeit nur vier mündliche oder schriftliche Anfragen gestellt, von denen sich allein drei um den Themenbereich *Gender und sexuelle Vielfalt* drehen. Die vierte beschäftigt sich mit der Störung angemeldeter Veranstaltungen und hat ihren Ursprung in der Störung einer Veranstaltung der Unigruppe der AfD durch linke Gruppen. Außer seiner Beschäftigung mit ‚Gender‘ ist bei Höcke kein thematischer Schwerpunkt in seiner Parlamentsarbeit zu erkennen. Als Fraktionsvorsitzender deckt er im Plenum wie die anderen Fraktionsvorsitzenden die wichtigen Debatten ab (Regierungserklärungen des MP, Generaldebatten zum Landeshaushalt), aber anders als andere Fraktionsvorsitzende ist er bei sieben von acht aktuellen Stunden der AfD-Fraktion alleiniger Redner der Fraktion und überlässt diese nicht den jeweiligen FachpolitikerInnen. Die Themen stecken dabei das von der AfD erwartbare Spektrum ab: Drei der aktuellen Debatten befassen sich mit Zugewanderten und Geflüchteten (Winterabschiebestopp, Einbrüche entlang Autobahnen, Sachschäden durch AsylbewerberInnen), zwei mit vermeintlichen „Linksextremisten“ und eine mit dem geplanten Bau von Windkraftträdern. Höcke gehörte ausschließlich dem NSU-Untersuchungsausschuss an, in dem er inzwischen aber nur noch stellvertretendes Mitglied ist. Ob und in welcher Form er tatsächlich in diesem Ausschuss mitarbeitete, ist nicht erkennbar.

Die geringe Arbeit, die Höcke offenbar in die alltägliche Oppositionsarbeit investiert (Beteiligung an Ausschüssen, Anfragen stellen), im Gegensatz zu seinen häufigen Auftritten als Redner im Plenum lässt vermuten, dass er das Parlament in erster Linie als ‚Bühne‘ wahrnimmt und nutzt.

Stefan Möller – parlamentarischer Geschäftsführer

Stefan Möller wurde 1975 in Erfurt (Thüringen) geboren. Er studierte Rechtswissenschaften in Jena und ist als Rechtsanwalt in Erfurt tätig. Seit 2013 gehört er zum Vorstand des AfD-Kreisverbandes Mittelthüringen. Seit 2014 ist Möller neben Höcke auch Landessprecher.

Möller ist parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion und für die Themen Migration und Wirtschaft zuständig. Er gehört dem Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft an. In seiner parlamentarischen Arbeit zeigt sich bei Möller schnell eine Fokussierung im Bereich *Migration*: von 23 mündlichen und schriftlichen Anfragen beschäftigen sich 18 mit Zugewanderten. Besonders interessieren Möller dabei Straftaten (5 Anfragen) und Abschiebungen/Rückkehrförderung (4 Anfragen) sowie die Arbeitsmarktinteg-

ration (3 Anfragen). Anders als bei einer Partei zu erwarten, die mit einem starken wirtschaftsliberalen Profil gegründet wurde, gibt es wenige Aktivitäten im Themenbereich *Wirtschaft*.

Stefan Möllers Facebook-Aktivitäten bestehen u.a. aus Verlinkungen zur *Jungen Freiheit* und *Blu News*, einem Nachrichtenportal, das im rechtspopulistischen Spektrum verortet wird.⁴

Wiebke Muhsal – stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Muhsal wurde 1986 im Kreis Coesfeld (Nordrhein-Westfalen) geboren und studierte ab 2005 Rechtswissenschaften in Jena. Neben ihrer Arbeit als Abgeordnete und stellvertretende Fraktionsvorsitzende ist sie außerdem Sprecherin des AfD-Kreisverbandes Jena-Gera-Saale-Holzland-Kreis und bis zum Sommer 2016 Vorsitzende der *Jungen Alternative Thüringen*, der Jugendorganisation der AfD. Zu dieser stellen Häusler/Roeser fest, dass „in den Reihen der Jungen Alternative Thüringens AfD-Chef Höcke überdurchschnittlich viele Anhänger [zählt].“ (FES 2015: 45)

Im Juni 2015 hob der Landtag die Immunität von Wiebke Muhsal auf. Gegen sie läuft ein Verfahren wegen des Verdachts auf Abrechnung von Scheingehältern in ihrem Jenaer Wahlkreisbüro.

Wiebke Muhsal ist familienpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion, sie deckt außerdem in Plenardebatten den Bildungsbereich von frühkindlichem Lernen über Schule und Hochschule ab. Sie gehört dem *Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport* an.

Betrachtet man Muhsals mündliche und schriftliche Anfragen näher, wird offensichtlich, dass ihre Anfragen sich zwar in der Regel innerhalb ihrer fachlichen Zuständigkeiten bewegen, aber eine eindeutige Schlagseite aufweisen: Von zwölf Anfragen, die dem Themenfeld ‚Schule‘ zugeordnet werden können, befassen sich mehr als die Hälfte (7) entweder mit Geflüchteten oder dem Islam. Die einzige dem Bereich ‚Hochschule‘ zuzuordnende Anfrage befasst sich mit *Gender Studies* in Thüringen. Darin heißt es: „Die ‚Gender-Wissenschaften‘ [sic] und deren finanzielle Unterstützung durch Steuermittel sind umstritten und bedürfen einer Evaluation.“ (Kleine Anfrage 6/493) Insgesamt befassen sich neun von 19 Anfragen mit Geflüchteten und zwei mit Fragen von Gender und Gleichstellung.

Auch Muhsals Facebookauftritt beschäftigt sich unter anderem mit dem Thema *Geflüchtete*. Dabei äußert sie sich nicht offen rassistisch, sondern beschwört häufig eine

⁴ Zur politischen Einschätzung vgl. u.a.: <https://de.wikipedia.org/wiki/Metropolitico>.

imaginierte ‚Überforderung‘ gesellschaftlicher Institutionen, sie kleidet ihre Ablehnung in Begriffe wie ‚Belastung‘ und ‚Benachteiligung von Deutschen‘. So heißt es etwa in einer Erklärung zum Flüchtlingsgipfel in Jena: „Nein, die Asylbewerber werden unsere demographischen Probleme nicht mildern, sie werden unserem Fachkräftemangel nicht entgegenwirken und sie sind keine ‚Bereicherung‘, sondern eine soziale und finanzielle Belastung. [...] Es werden Hunderttausende im Niedriglohnsektor oder in *Hartz IV* landen. Viele werden in die Großstädte ziehen und die Konkurrenz um günstigen Wohnraum wird sich insbesondere in Jena massiv verschärfen. Es gibt eine technische Grenze des gesellschaftlich und politisch Leistbaren und diese ist längst erreicht.“⁵ Obwohl Muhsal versucht, sich auf ihrer Facebookseite als seriöse konservative Kritikerin darzustellen, löscht sie in den Kommentaren Hetze und Gewaltaufrufe nicht.

Stephan Brandner – stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Stephan Brandner wurde 1966 in Herten (Nordrhein-Westfalen) geboren. Er absolvierte eine Ausbildung zum Industriekaufmann, im Anschluss studierte er Jura an der Universität Regensburg. Seit 1997 arbeitet er als Anwalt in München, danach in Gera, wo er heute lebt.

Brandner war Mitglied der Jungen Union und der CDU bzw. CSU und ist seit 1998 aktives Mitglied im *Verein Deutscher Sprache* (als *Verein zur Wahrung der deutschen Sprache* gegründet). Er ist außerdem Ko-Vorsitzender des AfD-Kreisverbandes Gera–Jena–Saale–Holzland-Kreis.

Brandner ist Vorsitzender des *Ausschusses für Migration, Justiz und Verbraucherschutz* des Thüringer Landtags und gehört außerdem dem *Ausschuss für Europa, Kultur und Medien* an. Brandner ist in den Plenarsitzungen der AfD-Abgeordnete mit den meisten Redebeiträgen (34) innerhalb des ersten Jahres (Höcke 22, Möller 23, Muhsal 20). Auch spontane Interventionen in Plenardebatten kommen in der Regel von ihm. Im Bereich der schriftlichen und mündlichen Anfragen ist Brandner einer der aktiveren Abgeordneten der Fraktion. Im ersten Jahr seiner Parlamentszugehörigkeit reichte er 31 davon ein. Schaut man diese durch, fällt als erstes ins Auge, dass Brandner sich anders als seine KollegInnen zumindest im ersten Jahr seiner Parlamentszugehörigkeit eher selten mit Migrationspolitik befasst. Nur drei seiner 31 Anfragen befassen sich mit Zugewanderten im Allgemeinen oder Geflüchteten im Besonderen. In der Zeit danach nehmen diese Anfragen zwar zu, bilden aber anders als bei anderen nicht die

5 Eintrag bei Facebook vom 16.1.2016, vgl. auch <http://www.jenapolis.de/2016/01/16/muhsal-asylbewerber-sind-keine-bereicherung-auch-nicht-fuer-jena/> (letzter Zugriff 13.6.2016)

Mehrheit. Aber Brandner postet genau diese Anfragen strategisch auf Facebook. Dass er seine Anfragen zumindest im ersten Jahr nicht auf Flüchtlinge konzentriert, heißt nicht, dass er zu den moderateren Abgeordneten gehört. Im Plenum fällt er wiederholt mit hetzerischer und abwertender Wortwahl auf. So bezeichnet er die Landesregierung als „Hippie-Regierung“ und nutzt den im rechten und rechtsextremen Spektrum verbreiteten Begriff der „Altparteien“. (beide PIPr. 6/26) Personen, die AfD-Wahlkreisbüros beschädigten, nennt er „Rotfaschisten“. (PIPr. 6/4)

Olaf Kießling – stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Olaf Kießling wurde 1967 in Elgersburg (Thüringen) geboren und war Elektromonteur und Betriebswirt. Er arbeitet als Finanz- und Versicherungsmakler.

Er gehört sowohl dem *Haushalts- und Finanzausschuss* als auch dem *Ausschuss für Umwelt, Energie und Natur* an und ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Trotz seiner fachlich anders gelagerten Zuständigkeiten befassen sich sieben von 22 Anfragen Kießlings – also fast ein Drittel – mit Flüchtlingen und dem Islam. Die inhaltlichen Schwerpunkte sind dabei ähnlich gelagert wie bei Möller: Die Anfragen befassen sich in erster Linie mit Auseinandersetzungen in Unterkünften und vermeintlichen Straftaten durch MigrantInnen. Trotz seiner Mitgliedschaft im *Haushalts- und Finanzausschuss* befassen sich gerade einmal vier Anfragen mit Haushaltsfragen. Daneben stehen fünf Anfragen zu Umweltthemen. Ansonsten befasst sich Kießling mit Pflege, Kitas und Langzeitarbeitslosen.

Kießling verbreitet über seine Facebook-Präsenz in erster Linie Pressemitteilungen und Reden der AfD-Fraktion bzw. Informationen der AfD und deren Kreisverbände, gelegentlich aber auch Artikel der *Jungen Freiheit*, der *PI-News* und der *Epoch Times*, die durch eine breite Anti-Asyl-Berichterstattung auffällt.⁶

Corinna Herold

Corinna Herold wurde 1961 in Eisfeld (Thüringen) geboren. Sie studierte in Jena Zahnmedizin und betreibt seit 1992 eine eigene Praxis. Sie lebt in Erfurt und ist dort auch Stadträtin für die AfD. Sie hat damit eines von drei kommunalen Mandaten der AfD in Thüringen inne.

6 Vgl. u.a. Brigitte Baetz: "Epoch Times" – Klicks mit Kritik an Flüchtlingspolitik. In: Deutschlandfunk, 5. Dezember 2015, http://www.deutschlandfunk.de/epoch-times-klicks-mit-kritik-an-fluechtlingspolitik.761.de.html?dram:article_id=338942 (letzter Zugriff: 13.6.2016)

Herold ist gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion und gehört dem *Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit* an sowie dem *Petitionsausschuss* und dem *Gleichstellungsausschuss*. Sie vertritt die AfD auch in Plenardebatten zum Themenbereich *Arbeit*, wobei Debatten um den Mindestlohn von ihrem Kollegen Möller bestritten werden. Sie äußert sich darüber hinaus gelegentlich als Mitglied des *Gleichstellungsausschusses* zu Geschlechterpolitik.

Ihre parlamentarischen Anfragen spiegeln diese Zuständigkeiten im Großen und Ganzen. So befassen sich von zwölf Anfragen vier mit dem Thema *Gesundheit*, zwei mit dem Thema *Arbeit* und zwei mit dem Thema ‚*Gender*‘. Auffällig ist allein folgendes: Von den vier Anfragen zum Thema *Gesundheit* drehen sich drei um Flüchtlinge oder Zugewanderte. Darüber hinaus gibt es noch zwei Anfragen zu islamistischen Terror und Polizeiausrüstung. Auch bei Herold zeigt sich also: Fast die Hälfte ihrer Anfragen befassen sich mit Zugewanderten oder Islamismus.

Herold beschäftigte in ihrem Wahlkreisbüro bis Anfang 2015 Heiko Bernardy, der den AfD-Kreisverband Südthüringen führte. Herold kündigte ihm nach einem Redebeitrag auf einer *Sügida*-Demonstration, der nach ihren Angaben weder mit ihr abgesprochen wurde noch ihre Meinung widerspiegelt. Die AfD-Fraktion distanzierte sich damals scharf von *Sügida*, einem regionalen Pegida-Ableger, der laut Thüringer Verfassungsschutz von Rechtsextremen organisiert wird. Facebook-Einträge von Herold, die inzwischen gelöscht aber dokumentiert sind,⁷ lassen vermuten, dass die Entlassung Bernardys sowie die Distanzierung von *Sügida* in erster Linie strategischer Natur waren. Herold sympathisierte in diesen Einträgen wiederholt mit der *Bürgerwehr Untersuhl, Gerstungen und Umgebung*, die von einer zentralen Figur der rechten Szene im Wartburgkreis geführt wird.

Auch sie verlinkt gern auf politisch als rechts eingeordnete Blogs wie das von Michael Klonovsky, der regelmäßig für *eigentümlich frei* schreibt, eine Publikation der *Neuen Rechten*, und inzwischen Berater der AfD-Bundesvorsitzenden Frauke Petry ist.⁸

7 Vgl. AfD-Landtagsabgeordnete Herold mit Lob für Neonazis und Gewaltphantasien. In: Blog Thüringenrechtsaußen, 7. August 2015, <https://thueringenrechtsaussen.wordpress.com/2015/08/07/afd-landtagsabgeordnete-herold-mit-lob-fur-neonazis-und-gewaltphantasien/> (letzter Zugriff: 13.6.2016)

8 Vgl. u.a. Simone Rafael: Hier geht der Hass weiter: Kompakt-Nachrichten, ds-aktuell, Widerstand.info, Politically Incorrect, Kopp-Nachrichten, Eigentümlich frei, Sezession im Netz, logr, Netzwerk rechts. In: Netz Gegen Nazis, 12. September 2012, <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/nachden-portal-sperren-im-weltnetz-wird-es-regional-7981> (letzter Zugriff: 13.6.2016)

Jörg Henke

Jörg Henke wurde 1961 in Apolda (Thüringen) geboren. Er absolvierte eine Ausbildung zum Maurer und ist seit 2008 nach einem Arbeitsunfall Rentner. Ehrenamtlich engagiert er sich als stellvertretender Bürgermeister der Gemeinde Crossen im Saale-Holzland-Kreis, in der er lebt. Er ist außerdem stellvertretender Sprecher des AfD-Kreisverbandes Gera-Jena-Saale-Holzlandkreis.

Henke ist Mitglied des *Innen- und Kommunalausschusses* und deckt in Plenardebatten sowohl den Bereich *Kommunales* als auch *Polizei* ab. Er ist außerdem seit Februar 2016 Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss. Darüber hinaus äußert er sich auch zu den Debatten über Links- und Rechtsextremismus. Diese fachliche Zuständigkeit spiegelt sich auch in seinen mündlichen und schriftlichen Anfragen wider: So befassen sich von 33 Anfragen neun mit kommunalen Themen (von Straßenausbaubeiträgen zur Gebietsreform), neun befassen sich mit linken oder linksradikalen Aktivitäten oder Rechtsextremismus (mit klarem Schwerpunkt auf ‚Linksextremismus‘) und sechs mit Polizei und Katastrophenschutz. Allerdings befassen sich – wie bei den meisten anderen Abgeordneten auch – ein nicht kleiner Anteil von Henkes Anfragen (konkret neun) mit Geflüchteten und dem Islam bzw. Islamismus.

Thomas Rudy

Thomas Rudy wurde 1959 im Landkreis Heilbronn geboren und arbeitet nach einer Ausbildung zum Restaurantfachmann seit 2007 als selbständiger Immobilienmakler.

Rudy gehört dem *Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten* an. Noch schwerer als bei den anderen Abgeordneten ist erkennbar, welche fachlichen Zuständigkeiten er jedoch tatsächlich in der AfD-Fraktion abdeckt. Für das erste Jahr seiner Parlamentsarbeit finden sich nur sechs mündliche oder schriftliche Anfragen in seinem Namen. Diese reichen thematisch von Fragen der Energiewende und zu Geflüchteten (2) über Fragen des Greizer Stadtmarketing hin zur Extremismusklausel.

Ähnliches zeigt sich, betrachtet man die Redebeiträge in den Plenarsitzungen: Rudy hielt seine erste Rede im Parlament erst am 29. April 2015, sieben Monate nach Konstituierung des Landtages. Die insgesamt elf Redebeiträge (ein Drittel der Redebeiträge von Brandner) decken die Themen *Landwirtschaft und Tierhaltung*, *Verkehr* und *Datensicherheit* ab. Rudy sprach aber auch in einer aktuellen Stunde zu Brandanschlägen auf ein Asylbewerberheim sowie zur Rückkehr des Wolfs nach Thüringen und zur Landesgartenschau, während das Thema *Landwirtschaft* auch von Kießling, das Thema *Datensicherheit* auch von Herold abgedeckt wurden.

Rudy ist sehr aktiv auf Facebook und verlinkt nicht nur alle möglichen Zeitungsartikel, sondern immer wieder auch als rechts/rechtsextremistisch, antisemitisch und/oder verschwörungstheoretisch eingeordnete Blogs und Zeitschriften wie *der Honigmann sagt*, *Compact Magazin* oder der *Kopp-Verlag*. Darüber hinaus nimmt Rudy an Treffen der *Patriotischen Plattform der AfD in Sachsen* teil, die unter anderem den Schulterchluss mit *Pegida* organisiert.⁹

Die Aussteiger: Krumpe, Gentele, Helmerich

Siegfried Gentele (geboren 1952 in Niedersachsen) wurde am 15. April 2015 aus der Fraktion ausgeschlossen. Vorausgegangen waren mitunter kritische Äußerungen Genteles zur Arbeit von Fraktionschef Höcke sowie zum mit der *Erfurter Resolution* eingeschlagenen konservativeren und rechtspopulistischeren Kurs der Partei, den auch Höcke vorantrieb. Auch Oskar Helmerich (geboren 1960 in Bayern) und Jens Krumpe (geboren 1978 in Brandenburg) unterzeichneten die im März veröffentlichte *Erfurter Resolution* nicht. Beide wurden Ende März vom Rest der AfD-Fraktion aufgefordert, sich der Fraktionslinie unterzuordnen und ihre Ausschusssitze abgeben oder sie würden aus der Fraktion ausgeschlossen. Auch bei Fraktionssitzungen durften sie nicht mehr anwesend sein. (ausführlich bei Hoff 2015) Beide verließen Ende Mai 2015 die Fraktion freiwillig. Sie gehören dem Thüringer Landtag weiter als fraktionslose Abgeordnete an, Oskar Helmerich ist inzwischen Mitglied der Thüringer SPD-Fraktion. Alle drei sind nach dem AfD-Bundesparteitag, bei dem Lucke als Bundesvorsitzender abgewählt wurde, auch aus der Partei ausgetreten. Ein kurzer Blick auf die parlamentarischen Aktivitäten der drei Abgeordneten scheint zu bestätigen, dass sie den Rechtsruck der Fraktion/Partei nicht mittragen. Anders als bei den aktuellen Abgeordneten ist kein besonderes Interesse im Bereich *Flüchtlinge* erkennbar. Nur Gentele stellt gelegentlich eine Anfrage in diesem Bereich. Krumpe, der Geoinformatik studiert hat und ab 2011 bis zum Landtagseinzug im *Landesamt für Vermessung und Geoinformation Thüringen* arbeitete, führt seine Arbeit vor allem im Bereich *IT und E-Government, Geoinformation* und *Breitbandausbau* fort. Es ist anzunehmen, dass auf seine Initiative zurückgeht, dass der erste Gesetzentwurf der AfD-Fraktion ein Gesetz zur Änderung des Thüringer Geodateninfrastrukturgesetzes war. Gentele widmet sich in seinen Anfragen in erster Linie dem Bahnverkehr in Thüringen und kommunalen Anliegen. Die drei Anfragen Helmerichs befassen sich allein mit Fragen der Fischerei in Thüringen.

9 Vgl. Stammtisch in Leipzig mit Tatjana Festerling. In: Website Patriotische Plattform - Landeskreis Sachsen, 8. Februar 2016, <http://sachsen.patriotische-plattform.de/2016/02/08/stammtisch-in-leipzig-mit-tatjana-festerling/> (letzter Zugriff: 13.6.2016)

Fazit

Bei der Analyse des ersten Jahres der Parlamentsarbeit der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag wird als erstes deutlich, dass die Arbeit der Fraktion sich auf einige wenige thematische Bereiche fokussiert. Dies haben Analysen bereits auch für andere Landtagsfraktionen gezeigt. (vgl. für Sachsen Jennerjahn 2016). Bereits zu Zeiten, in denen auf Bundesebene noch um das Profil der Partei zwischen wirtschafts(neo)liberal und rechts-konservativ/völkisch gerungen wurde, hatte sich die AfD-Fraktion Thüringen unter der Führung Höckes für einen deutlichen politisch rechten/rechtspopulistischen Kurs entschieden, der seine Schwerpunkte in der weitgehenden Ablehnung von Zuwanderung, sexueller Vielfalt und Feminismus sah genauso wie im Bedienen neuer und alter Ressentiments gegen PolitikerInnen und staatliche Verwaltungsstrukturen. Dass die AfD-Fraktion auch den Klimawandel leugnet, ist in dem skizzierten Weltbild nur konsequent.

Mit der Zunahme der Flüchtlingszahlen besonders ab Sommer 2015 zeigt sich eine neue Qualität in der Rhetorik der AfD-Fraktion: Wie eine Reihe hier zitierter Redebeiträge belegt, nimmt die Schärfe, mit der ZuwandererInnen abgelehnt werden, deutlich zu. Die eingeschränkte Bejahung von Zuwanderung zu Beginn der Legislatur ist somit nur im Rahmen der flexibleren Ideologie der Neuen Rechten zu verstehen ist. Eine mögliche Zuwanderung kann die AfD nur in einem Rahmen denken, der entlang von Grenzen von Qualifikation, Ethnie und Religion so eng abgesteckt ist, dass de facto kaum Einwanderung möglich ist. Die Migrationspolitik ist von Nützlichkeitsdenken auf der einen und platten kulturrassistischen Ansichten auf der anderen Seite geprägt. Dass dieser kultur-rassistisch wie auch ethnopluralistisch geprägte Teil der Zuwanderungspolitik der AfD strukturell angelegt ist und nicht allein abhängig von den handelnden Personen in Thüringen ist, zeigt die Betonung einer rückwärtsgewandt imaginierten und zu schützenden ‚deutschen Identität‘, die sich in den Wahlprogrammen und parlamentarischen Aktivitäten in verschiedenen Bundesländern zeigt.

Damit verbunden – oder davon sogar zentral geprägt – zeigt sich nicht nur in ihrem Verständnis von Migrationspolitik sondern auch in der Familien- und Geschlechterpolitik sowie im Bildungsbereich der Versuch einer krassen Reduktion sozialer Vielfalt innerhalb der Gesellschaft. Damit imaginiert die AfD nicht nur den weitgehenden gesellschaftlichen Ausschluss von MigrantInnen, Schwulen, Lesben und Trans* Menschen

sondern im Endeffekt all jener, die nicht das ‚Modell‘ einer heterosexuellen Ehe mit Kindern leben.

Im Zuge dieser Überlegungen müssen auch Forderungen der AfD zur direkten Demokratie kritisch hinterfragt werden: Wie soll direkte Demokratie tatsächlich auch als Interessenausgleich funktionieren, wenn Vielfalt per se als negativ empfunden wird und die von Seiten der AfD erwünschte politische Ausrichtung so eng gefasst ist, dass eine Vielzahl der Interessen der Menschen zwangsläufig als illegitim gelten müssen? Und: Da der autoritäre Kern der AfD kaum zu übersehen ist, ist es anzunehmen, dass der Ruf nach mehr ‚direkter Demokratie‘ nicht dem Wunsch nach mehr Deliberation und Interessenabwägung durch die BürgerInnen entspringt, sondern der Strategie der Denunzierung des politischen ‚Establishments‘ als abgehoben und desinteressiert an den Anliegen und Interessen der Menschen im Land. Dass diese Forderung durchaus Anklang findet, müsste Anlass sein, die demokratische Frage und die Frage nach erfahrbaren Einflussmöglichkeiten in (partei-)politischen Zusammenhängen wieder stärker zu thematisieren und sich mit der Frage zu befassen, wie Demokratie im Diskurs und in Institutionen qualitativ gestärkt werden kann.

Die Auseinandersetzungen mit der AfD stehen auch nach den Wahlerfolgen bei den letzten Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern erst am Anfang. Auch die Entwicklung des Rechtspopulismus in Europa insgesamt lässt ahnen, dass es weiter notwendig sein wird, deutlich zu machen, dass wenige von den politischen Ideen der AfD profitieren werden, aber viele etwas zu verlieren haben – Löhne, von denen man leben kann und soziale Sicherungen sind genauso bedroht wie das Recht, zu lieben, wen man will, und gemeinsam Kinder großzuziehen außerhalb der traditionellen Mutter-Vater-Kind-Familie. Ganz zu schweigen von Offenheit gegenüber und Interesse an Zugewanderten oder religiöser Vielfalt, die ein erstarkender Rechtspopulismus noch intensiver als bisher attackieren wird.

Literatur

- AfD Thüringen (2014): Wahlprogramm zur Landtagswahl 2014, online unter: http://afd-thueringen.de/wp-content/uploads/sites/2/2014/07/AfD_Thueringen_Wahlprogramm.pdf
- Bebnowski, David; Förster, Lisa Julika (2014) Wettbewerbspopulismus. Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen. OBS-Arbeitspapier Nr. 14. Frankfurt/M.: Otto-Brenner-Stiftung
- Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) Thüringen (Hrsg.) (2015) „Erfurt ist schön und deutsch – und schön und deutsch soll es bleiben“ Das politische Erscheinungsbild der Partei ‚Alternative für Deutschland (AfD) in Thüringen. Erfurt: FES Landesbüro Thüringen, online unter: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/erfurt/12166.pdf>
- Friedrich, Sebastian (2015) Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilmachung in Deutschland. Berlin: Bertz+Fischer
- Häusler, Alexander (2013): Die «Alternative für Deutschland» – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung, Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Hoff, Benjamin-Immanuel (2015): Rechtskonservativ statt wirtschaftsliberal. Blogbeitrag auf www.freitag.de, online unter: <https://www.freitag.de/autoren/benjamin-immanuel-hoff/dienst-an-volk-und-vaterland> (letzter Zugriff: 22.10.2016)
- Jennerjahn, Miro (2016) Ein Jahr AfD im Sächsischen Landtag. E-Paper Weiterdenken –Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen
- Kellershohn, Helmut (2014a) Sondierungen im Feld der AfD (Teil 1) Marc Jongens AfD-Manifest und die jungkonservative Neue Rechte, online unter: <http://www.diss-duisburg.de/2014/04/helmut-kellershohn-afd-sondierungen-i/>
- Kellershohn, Helmut (2014b): AfD-Sondierungen 2. Die AfD als „Staubsauger“ und „Kantenschere“ – Turbulenzen im jungkonservativen Lager, online unter: <http://www.diss-duisburg.de/2014/06/helmut-kellershohn-afd-sondierungen-2/>
- Kellershohn, Helmut (2014c) AfD-Sondierungen 3. „Konservative Volkspartei“ – Über das Interesse der jungkonservativen Neuen Rechten an der AfD. Online unter: <http://www.diss-duisburg.de/2014/09/helmut-kellershohn-afd-sondierungen-3/>
- Klatt, Thomas (2014): AfD – die christliche Alternative für Deutschland?, 15.9.2014, online unter: <http://aktuell.evangelisch.de/artikel/93477/afd-die-christliche-alternative-fuer-deutschland>
- Kopke, Christoph/Lorenz, Alexander (2014): «Wenn ich benenne, was Menschen umtreibt, bin ich Demokrat.» Der Wahlkampfauftritt der «Alternative für Deutschland» (AfD) zur Landtagswahl 2014 in Brandenburg, Potsdam.
- Korsch, Felix; Wölk, Volkmar (2014): Nationalkonservativ und marktradikal. Eine politische Einordnung der Alternative für Deutschland. Aktualisierte und erweiterte Neuauflage. Analysen Nr. 13. Rosa-Luxemburg-Stiftung

- Paul, Jobst (2016): Das Höcke-AfD-Tagebuch, online unter: http://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2016/03/H%C3%B6cke-AfD_Tagebuch-2016-03-17.pdf
- Plehwe, Dieter (2014): Durchmarsch der nationalen Neoliberalen? Die AfD und die europäische Rechte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2014, S.63–72.
- Staud, Toralf ‚Höcke ist kein Nazi‘ zeitonline vom 19.10.2015, online unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-10/afd-bjoern-hoecke-kein-nazi-jauch>
- Stöß, Richard (2008): Was ist Ethnopluralismus?, online unter: <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/die-morgige-welt-muss-ethnopluralistisch-sein-eine-analyse-0>
- Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (2014): Verfassungsschutzbericht 2013. Erfurt: Gutenberg Druckerei Weimar, online unter: <http://apps.thueringen.de/de/publikationen/pic/pubdownload1539.pdf>
- Thüringer Landtag: Plenarprotokolle (PIPr.) der 6. Wahlperiode online unter: <http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokumentnummer>, letzter Zugriff 13.6.2016
- Wiegel, Gerd (2013): Aufstieg des Rechtspopulismus auch in Deutschland?, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Online-Publikation, online unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Aufstieg_des_Rechtspopulismus_auch_in_Deutschland.pdf

Autorin

Christine Schickert ist 1980 geboren. Sie studierte Amerikanistik, Soziologie und Erziehungswissenschaften in Berlin, Redlands (USA) und Dresden von 2000 bis 2006.

Seit 2013 arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Friedrich-Schiller-Universität Jena in der Kollegforscher_innengruppe *Postwachstumsgesellschaften* und seit 2015 im Bereich *organisatorische Geschäftsführung und Öffentlichkeitsarbeit*.

Seit 2007 ist Christine Schickert Mitglied bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, von 2008 bis 2013 war sie Mitglied im Vorstand des KV Dresden, ab 2010 als Sprecherin, und seit 2014 ist sie Sprecherin des KV Jena. Bis 2012 war sie Mitarbeiterin der Grünen-Fraktion im Sächsischen Landtag.

Impressum

Herausgeber: Hannah Eitel und Stefan Schönfelder, Weiterdenken –
Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Kraftwerk Mitte 32 / Trafohalle, 01067 Dresden
Layout/Satz, Korrektorat: Antje Meichsner
Erscheinungsort: www.weiterdenken.de, Weiterdenken –
Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Kraftwerk Mitte 32 / Trafohalle, 01067 Dresden
Erscheinungsdatum: Februar 2017
Redaktionsschluss: Sommer 2016
ISBN: 978-3-946541-15-8 (nur für dieses pdf)
Weitere E-Books zum Downloaden unter
www.weiterdenken.de/de/publikationen

Copyright:

Das gesamte Dossier und die einzelnen Beiträge stehen unter einer Creative Commons Lizenz (CC BY-NC-ND). Sie dürfen verbreitet, vervielfältigt oder öffentlich zugänglich gemacht werden unter folgenden Bedingungen:

- Namensnennung – Sie müssen den Namen des Autors/ der Autorin und des Rechteinhabers (Heinrich-Böll-Stiftung) sowie die URL des Werks (Direktlink) nennen.
- Keine kommerzielle Nutzung – Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- Keine Bearbeitung – Dieses Werk darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Abweichungen von diesen Bedingungen bedürfen der Genehmigung des Rechteinhabers:
info@weiterdenken.de

